

Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Landesarchiv Baden-Württemberg. Vom parlamentarischen Auftrag zur archivistischen Ausgestaltung

Von WOLFGANG ZIMMERMANN

Die Themenstellung des vorliegenden Tagungsbandes führt in das Zentrum einer Strategiedebatte, die in den letzten drei Jahrzehnten die archivistische Fachwelt bewegt hat. Auf dem 64. Deutschen Archivtag in Augsburg diskutierten im Jahr 1993 die Kolleginnen und Kollegen in zwei Arbeitssitzungen über den *Auswertungsauftrag der Archive*. In seinem programmatischen Einleitungs-vortrag plädierte Wilfried Schöntag für eine Aufgabenkritik, die eine Konzentration der staatlichen Archivverwaltungen auf *Kernaufgaben* zum Ziel haben sollte.¹ Gerade der archivistische *Ausstellungs- und Bildungsbereich* wurde von dem Autor kritisch hinterfragt, und mit einer Differenzierung der archivistischen Handlungsfelder in *Kern- und Sonderaufgaben* wurden deutliche Priorisierungen vorgenommen. Der *Auswertungsauftrag* der Archive, also das Engagement in der historischen Forschung, verbunden mit einer spezifischen Form der Öffentlichkeits- und Vermittlungsarbeit, stand aus der Sicht des Referenten *nicht mehr mit den derzeitigen Vorstellungen von Funktionalität und Arbeitsteilung in der Gesellschaft in Übereinklang*.²

Eine Gegenposition nahm Clemens Rehm auf einer Fachtagung in Stuttgart im Februar 1997 ein.³ Unter dem – ebenfalls programmatischen – Titel *Spielwiese oder Pflichtaufgabe? Archivistische Öffentlichkeitsarbeit als Fachaufgabe* stellte er den Öffentlichkeitsbezug archivarischer Tätigkeit in verschiedenen Handlungsfeldern als konstitutiv für das eigene Selbstverständnis in das Zentrum. Er rekurrierte dabei auf einen Begriff der Öffentlichkeit, wie ihn der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas bereits 1962 in seinem grundlegenden Werk *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* entwickelt hatte und wie er 1969 auf dem Deutschen Archivtag in Kiel durch Hans Booms aufgegriffen worden war.⁴ Booms forderte, dass sich Archive nicht mehr nur als Quellenreservoir für die historische Forschung sehen sollten, sondern ihre Arbeit als konstitutiven Bestandteil einer offenen Gesellschaft zu verstehen hätten. *Die egalitäre Teilhabe am archivistischen Informationsspeicher* wurde als gesell-

¹ Tagungsdokumentation von Wilfried Schöntag: Der Auswertungsauftrag an die Archive. Fragen aus staatlicher Sicht. In: Der Archivar 47 (1994) Sp. 31–39.

² Ebd., S. 37.

³ Frühjahrstagung der Fachgruppe 8 des VDA, 13. Februar 1997 in Stuttgart-Hohenheim, abgedruckt in: Der Archivar 51 (1998) Sp. 205–218.

⁴ Hans Booms: Öffentlichkeitsarbeit der Archive. Voraussetzungen und Möglichkeiten. in: Der Archivar 23 (1970) S. 17–31.

schaftspolitische Aufgabe eines zeitgemäßen Archivwesens formuliert, in einer Zeit, so Hans Booms, *wo uns inzwischen aufgegeben ist, mehr Demokratie als bisher zu verwirklichen*⁵ – der Historiker hört die Reminiszenz an die erste Regierungserklärung von Willy Brandt aus dem Oktober 1969 deutlich heraus. Booms Beitrag versteht sich als starkes Plädoyer gegen die *korrumperende Selbstverleugnung* von Archivarinnen und Archivaren, die sich als selbstlose *Lieferanten* für die Geschichtswissenschaft verstanden. Diesem Selbstbild stellte er das Archiv als *wissenschaftlich-historische Dokumentationsstelle [...] und [...] historisch-politische Informationsstelle für jedermann* entgegen.⁶

Folgt man dieser Argumentation, so ist festzuhalten: Archive sind konstitutiver Teil einer demokratisch begründeten, offenen Wissensgesellschaft. Sie haben immer wieder neu ihre Position an den Schnittstellen zu Politik, Rechtsstaat und Zivilgesellschaft auszuloten und zu verhandeln. Dies ist keine Spielwiese von Archivarinnen und Archivaren, die sich nicht ausgelastet fühlen, sondern eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit.

Mit dieser These ist zugleich der Ort markiert, an dem sich die neue Dokumentationsstelle Rechtsextremismus verortet. Sie wurde im Frühjahr 2020 im Generallandesarchiv Karlsruhe, einer Abteilung des Landesarchivs Baden-Württemberg, eingerichtet. Den Ausgangspunkt für die Schaffung dieser neuen Einrichtung bildeten die Ergebnisse einer Enquete-Kommission und von zwei Untersuchungsausschüssen des Landtags von Baden-Württemberg in der 15. und 16. Wahlperiode. Der Schlussbericht mit einer umfangreichen Liste von Handlungsempfehlungen wurde mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, der SPD und der FDP durch den Landtag angenommen.⁷ Eine der Empfehlungen war die Gründung eines *Instituts für (Rechts-) Extremismusforschung* als *Anlaufstelle für die Erforschung und Dokumentation rechtsextremistischer Strukturen [...]. Aufgabe wäre ebenfalls die Sammlung, Auswertung und Zurverfügungstellung von Materialien und Wissen zum Thema Rechtsextremismus*.⁸

Die Landesregierung setzte diese Handlungsempfehlung um, indem sie Forschung und Dokumentation in zwei Bereiche trennte: das Generallandesarchiv in Karlsruhe erhielt 2020 den Auftrag, die *Dokumentationsstelle Rechtsextremismus* aufzubauen. Das universitäre Institut zur Erforschung des Rechtsextremismus wurde nach einem Wettbewerb unter den Universitäten des Landes 2023 Tübingen übertragen. Die Karlsruher Dokumentationsstelle Rechtsextremismus (DokRex) und das Tübinger Institut für Rechtsextremismusforschung (IRex) werden auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung eng zusammenarbeiten. Der Aufbau der Dokumentationsstelle startete im Frühjahr 2020. Mit der Tagung *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*⁹ trat die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus im Januar 2021 erstmals an die Fachöffentlichkeit. Zuvor waren in einem Expertenhearing im November 2020 Konzeption und

⁵ Ebd., S. 22

⁶ Ebd., S. 19.

⁷ Landtagsdrucksache 16/5250, Bd. 1, S. 1063, Nr. 25.

⁸ Ebd.

⁹ Tagungsdokumentation: Rechtsextremismusforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Hg. von Wolfgang Zimmermann. Stuttgart 2022.

finanzielle Ausstattung der jungen Einrichtung diskutiert worden. Mit dem Staatshaushaltsplan für die Jahre 2022/23 wurde die DokRex, die zuvor über Projektmittel finanziert worden war, in einer ersten Ausbaustufe dauerhaft abgesichert.

Die Quellengrundlage für die Arbeit der DokRex bildet die umfangreiche Sammlung des renommierten, mit zahlreichen Preisen ausgezeichneten Journalisten Anton Maegerle, der nach massiven Drohungen gegen seine Person ausschließlich unter diesem Pseudonym publiziert. Er hat seit den frühen 1980er Jahren systematisch eine Sammlung zum Rechtsextremismus in Deutschland (und darüber hinaus) angelegt. Mit rund 2500 Ordnern, einer Datenbank mit mehr als 2 Millionen Einträgen sowie einem großen Bestand an Periodika und Einzelschriften aus dem Bereich der extremen Rechten gilt die Sammlung als eine der größten ihrer Art in Deutschland. Maegerle übertrug sie als Schenkung an das Generallandesarchiv Karlsruhe. Mit der Schenkung an ein öffentliches Archiv war zugleich ein Perspektivwechsel verbunden. Die Materialsammlung ist künftig nicht mehr das (interne) Arbeitsinstrument eines Journalisten, sondern wird zum (gesellschaftlichen) Informationspool, der nach den Regeln des Landesarchivgesetzes grundsätzlich allen offensteht – natürlich unter Beachtung der entsprechenden Schutz- und Sperrfristen von Archivgut.

Die Materialsammlung von Anton Maegerle wurde in der DokRex nicht *historisiert*, also als ein in sich abgeschlossener Bestand in Form eines Vorlasses behandelt. Vielmehr bekam die Dokumentationsstelle den Auftrag, die Recherchetätigkeit fortzusetzen. Der Arbeit liegt ein weites Verständnis von *rechtsextrem* zugrunde. Es orientiert sich an den Begrifflichkeiten und Bedürfnissen von Forschung und Bildungsarbeit. Die Dokumentationsstelle Rechtsextremismus agiert also nicht in den fest definierten Kategorien des *Rechtsextremistischen*, wie sie für Staats- und Verfassungsschutz vorgegeben und rechtlich fixiert sind sowie auch immer wieder gerichtlich überprüft werden.

Im Fokus der Arbeit der DokRex stehen Einzelpersonen, Publikationen, Organisationen und Parteien sowie der offene Bereich der sozialen Netzwerke und entsprechender Plattformen im Internet.¹⁰ Der inhaltliche Dokumentationsbereich bewegt sich vom rechtskonservativen hin bis ins rechtsextreme, neonazistische oder gar rechtsterroristische Spektrum. Dabei ist es entscheidend, nicht nur die im engeren Sinn rechtsextremen Akteure in den Blick zu nehmen, sondern auch den breiten *Erosionsbereich* hin zum Rechtsextremismus, politikwissenschaftlich als *Scharnierfunktion* (Wolfgang Gessenharter), *Brückenspektrum* (Armin Pfahl-Traughber) oder *Grauzone* (Klaus Schönkäs) eingeordnet, zu analysieren. In deren Mittelpunkt steht die *Neue Rechte* aus dem Umfeld der *Konservativen Revolution* in der Tradition entsprechender Akteure in der Weimarer Republik. Ziel dieser akademisch-intellektuellen Ausprägung antidemokratischen Denkens ist, rechtsextreme Ideologieelemente in den demokratischen Diskurs hereinzutragen, um langfristig eine kulturelle Hegemonie zu erreichen. Zum ideologischen Pool dieser *Neuen Rechten* gehören Elemente wie ein Freund-Feind-Politikverständnis, die Annahme der natür-

¹⁰ Die folgenden Ausführungen beruhen auf einem ausführlichen Fachkonzept der Dokumentationsstelle Rechtsextremismus, an dem Clemens Rehm intensiv mitgearbeitet hat. Ihm sei an dieser Stelle nochmals herzlich dafür gedankt.

lichen Ungleichheit der Menschen, Eintreten für Ethnopluralismus und der Kampf gegen vermeintlichen Multikulturalismus. Ein Merkmal kann auch Antisemitismus, insbesondere in Form von sogenannter Israelkritik sein.

Rechtsextremismus wird als *Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten*¹¹ verstanden. Dazu zählen etwa die Agitation gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland und dessen Repräsentanten (Stichwort: Delegitimierung des Systems). Den Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlässt derjenige, der Parlamentarismus und das demokratische politische System verächtlich macht. Verstöße von Rechtsaußen gegen die Menschenwürde und gegen das Demokratieprinzip, ausgeübt von Personen oder Parteien, wertet die DokRex ebenso als rechtsextrem.

Für die Dokumentationsstelle ist dieser erweiterte Begriff von Rechtsextremismus notwendig, weil nur so diejenigen gesellschaftlichen Felder ausgeleuchtet werden können, in denen rechte Akteure agitieren und entsprechende Netzwerke entstehen, in denen niedrigschwellig rechtsextreme und demokratiefeindliche Einstellungen verbreitet werden. Rechtsextremismus ist kein Nischenthema, sondern Indikator und gesellschaftlicher Resonanzraum für völkische, rassistische, antidemokratische und antiwestliche Haltungen auch Nicht-Radikaler.

Gerade die Dokumentation dieser Aktionsräume (Bildungszentren, rechtskonservative Foren mit Scharnierfunktion zur extremen Rechten, Verlage, Konzerte u. a.), die vielfach – auch ganz bewusst – ohne klare Abgrenzung zum Extremismus rechtem Gedankengut und rechten Einstellungen einen Boden bereiten, ermöglicht das frühzeitige Erkennen von antidemokratischen Prozessen. Die damit verbundenen „grenzwertigen“ Phänomene (z. B. Querdenker, antizionistische Israelkritik) sind daher wesentlicher Teil des Dokumentationsspektrums. Eine solche Betrachtungsweise der fließenden Übergänge von rechtspopulistischen hin zu radikaleren Einstellungen spiegelt sich übrigens auch in den Biografien der Akteure.

Für die Arbeit der DokRex sind drei Handlungsfelder konstitutiv, die in den Schlagworten *dokumentieren – analysieren – sensibilisieren* prägnant zusammengefasst sind.

dokumentieren: Die DokRex wertet zeitnah und umfassend analoge und digitale Quellen aus. Dafür sind rechte Veröffentlichungen ebenso zu berücksichtigen wie Unterlagen, die von Organisationen und Gruppen stammen, die sich „gegen rechts“ engagieren, oder die Sichten der Opfer bzw. Opfergruppen widerspiegeln. Derzeit wächst der Quellenbestand wöchentlich um rund 300 Datensätze.

Dokumentation und Monitoring umfassen den Erwerb von Printpublikationen, Periodika einschließlich grauer Literatur aus dem Bereich der extremen Rechten, eine systematische Internetrecherche, die Beobachtung der sozialen Netzwerke, die Sammlung audiovisuellen Materials sowie den Aufbau einer Forschungsbibliothek. Die Dokumentationsstelle ist Sicherungsort für

¹¹ Vgl. Richard Stöss: *Rechtsextremismus im Wandel*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2007 (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, 2008: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/41312/wann-spricht-man-von-rechtsextremismus-rechtsradikalismus-oder-neonazismus/>).

einschlägige Nachlässe, die sie aktiv einwirbt. In ihrem Dokumentationsprofil berücksichtigte sie die Aktivitäten der freien Archivszene.

analysieren: Die DokRex bleibt nicht bei der reinen Sammlung von Materialien stehen. Sie analysiert die aktuellen Entwicklungen. Durch den großen Quellenfundus ist es ihr möglich, aktuelle politische Phänomene in größere zeitliche Kontexte einzuordnen. Der reiche Fundus an Informationen zu einzelnen Personen ermöglicht umfassende Netzwerkanalysen.

teilen und *sensibilisieren:* Die DokRex teilt ihr Wissen. Sie versteht ihren Quellenfundus als einen offenen Wissensspeicher, den sie mit der interessierten Öffentlichkeit teilt. Sie bringt ihre Expertise in Kooperationsprojekte mit anderen Partnern ein. Mit einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit vermittelt sie ihre Rechercheergebnisse in die breitere Öffentlichkeit. Zentrales Publikationsmedium der DokRex ist das Journal RECHTS.GESCHEHEN, das jährlich in vier Ausgaben erscheint.¹² Die einzelnen Hefte enthalten neben einer umfassenden *Chronik* der Ereignisse des letzten Quartals wechselnde Themenschwerpunkte mit Reportagen, Analysen, Porträts und Buchbesprechungen. Zunächst auf den deutschen Sprachraum fokussiert, berücksichtigt das Journal zunehmend auch internationale Entwicklungen.

Auf die leitenden Schlagworte des vorliegenden Tagungsbandes *vertrauen – vermitteln – vernetzen* bezogen, lässt sich die Tätigkeit der DokRex folgendermaßen zusammenfassen:

vertrauen: Der Aufbau, die Sicherung und das Management von großen Wissensbeständen sind archivische Kernkompetenzen, die die DokRex als vertrauenswürdige Partnerin von Politik und Zivilgesellschaft ausweisen. Zugänglichkeit ist ein konstitutiver Bestandteil archivarischen Tuns. Politisches Neutralitätsgebot mit klarem demokratischen Wertekanon gewährleisten die parteipolitische Unabhängigkeit.

vermitteln: Die DokRex kann auf die Kompetenzen des Generallandesarchivs im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit zurückgreifen. Mit ihren Angeboten erweitert sie den Kreis der traditionellen Zielgruppen archivischer Angebote. Zugleich erprobt sie neue Formate der Vermittlung.

vernetzen: Als Einrichtung zwischen den etablierten Akteuren im Bereich der Rechtsextremismusforschung kann die DokRex eine Brückenfunktion einnehmen zwischen den Einrichtungen der *Sicherheitsarchitektur*, den politischen Entscheidungsträgern und Gruppen der Zivilgesellschaft.

Sicher ist die DokRex ein Sonderbereich im Tableau archivischer Tätigkeiten, die jedoch Schnittstellen zur traditionellen Handlungsfeldern aufweist. Die eingangs diskutierte Positionierung von Archiven im gesellschaftlichen Framing lässt sich abschließend folgendermaßen umschreiben: Archive sind Sachwalter gegen das Vergessen. Sie beteiligen sich am Diskurs der Gegenwart über Vergangenes. Damit beziehen sie klare Standpunkte in der Formulierung der Narrative des Erinnerens. Dadurch werden Archive nicht zu politischen Einrichtungen, aber sie werden hör- und sichtbar im öffentlichen Diskurs – auch oder gerade, weil die Deutung von Geschichte (wieder) Teil politischer und gesellschaftlicher Deutungskämpfe geworden ist.

¹² Vgl. <https://www.landesarchiv-bw.de/de/themen/-dokumentationsstelle-rechtsextremismus/73098>.